

## Reden

### Maud de Boer Buquicchio, Stellvertretende General- sekretärin des Europarates

Diese Konferenz befasst sich mit den benachteiligten Stadtquartieren, was ja bedeutet, dass es auch bevorzugte Quartiere gibt. Hierbei handelt es sich nicht um freiwillige Ausgrenzung, sondern um die tiefgreifende Chancenungleichheit, aufgrund derer Lebensperspektiven sich nicht dadurch definieren, was die Menschen sind, sondern durch den Ort, an dem sie leben, wo sie geboren und aufgewachsen sind. Dies ist eine flagrante Diskriminierung, die einen eisernen sozialen Vorhang für Millionen von Menschen in den benachteiligten Stadtteilen in ganz Europa errichtet.

Die Armut, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung in diesen Stadtquartieren stellen ganz klar eine Verletzung der Menschenrechte dar. Unter derartigen Bedingungen zu leben sucht man sich nicht aus, es ist das Ergebnis des Mangels an Chancen und der nötigen Unterstützung, um hier Abhilfe zu schaffen. Das mag auf der Hand liegen, aber man muss es auch sagen, denn die Mauer der sozialen Ausgrenzung besteht aus Vorurteilen und Verzweiflung. Um sie niederzureißen, müssen wir an mehreren Fronten zugleich kämpfen, und dafür braucht man, das soll hier auch gleich *en passant* gesagt werden, keinen Hochdruckreiniger<sup>1</sup>.

Wir müssen handeln, um vorgefasste und intolerante Meinungen in Verbindung mit den Bewohnern sogenannter „schwieriger“ Quartiere zu bekämpfen, insbesondere gegen die Anstiftung zur sozialen Intoleranz vorgehen, gegen die Tatsache, dass man daraus auch noch Nutzen zieht. Und wir müssen gegen die von demagogischen Politikern verkündete Engstirnigkeit angehen. Wir müssen auch die Jugend in den betroffenen Quartieren davon überzeugen, dass, auch wenn ihre Forderungen gerechtfertigt sein mögen, die Gewalt keine Lösung ist und es auch niemals sein kann. Aber hüten wir uns davor, ihnen mit leerem Gerede zu kommen, denn sie werden uns mit Molotow-Cocktails antworten. Wenn wir glaubwürdig sein und Ergebnisse erzielen wollen, müssen wir Alternativen vorschlagen, die auch in der Praxis umgesetzt werden können und den Jugendlichen realistische, erreichbare und unmittelbare Emanzipationschancen bieten. Wir müssen handeln, aber nicht nur handeln, denn

1) Dies ist eine Anspielung auf den Vorschlag des französischen Innenministers Sarkozy, man müsse in den *Banlieues* mit einem „Kärcher“ aufräumen. Anm. d. Übers.

Maßnahmen als reine Reaktion sind oft kostspielig und viel weniger effizient, was ja die jüngsten Ereignisse in Frankreich klar zeigen.

Dergestalt sind auch die Überlegungen, die dem von der deutschen Bundesregierung in 2000 aufgelegten Förderprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ und dem anlässlich der Fachkonferenz im November 2004 eingeleiteten Berlin-Prozess zugrunde liegen, dessen Ergebnis die heutige Europäische Fachkonferenz ist. Der Europarat, insbesondere die Generaldirektion für Bildung/Kultur, Kulturerbe, Jugend und Sport sowie der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas haben aktiv zum Berlin-Prozess beigetragen, der mittlerweile eine größere europäische Dimension entfaltet hat, wie die Teilnahme an dieser heutigen Konferenz zeigt.

Der Europarat zielt mit seinen Aktionen auf die Verbesserung der Bildungschancen, der Berufsausbildung und der beruflichen Eingliederung junger Menschen und ihrer Eltern sowie des Zugangs zu sozialen Rechten ab. Aber dabei kommt es darauf an, intelligente Integrations- und Emanzipationsstrategien zu konzipieren, die sich auch an den eben genannten Zielen orientieren, anstatt diese Fragen immer nur als Sicherheitsproblem zu betrachten. Das Problem der benachteiligten Stadtteile ist in erster Linie eine soziale Fragestellung. Die Antwort liegt in der Verbesserung der politischen Ansätze und nicht in der Verstärkung der Polizeipräsenz.

Die Problematik der Integration benachteiligter Stadtteile in die Gesellschaft steht zugleich auch in direktem Zusammenhang mit der Beteiligung ihrer Bewohner am öffentlichen Leben und der jeweiligen Kommunalpolitik. In diesem Zusammenhang erwähne ich gern zwei Instrumente des Europarates, die Konvention zur Beteiligung der Ausländer am politischen Leben auf lokaler Ebene, die jedem Ausländer, der in dem betroffenen Land seit mindestens fünf Jahren lebt, sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene einräumt, und die revidierte Fassung der Europäischen Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region.

Auch die neue Jugendkampagne des Europarates mit dem Titel „Alle anders – alle gleich“ verdient Erwähnung, die der Förderung der Andersartigkeit, der Integration, der Menschenrechte und der Teilhabe an der Gesellschaft dienen soll. Sie wird von Juni 2006 bis September 2007 auf europäischer, nationaler, regionaler und vor allem kommunaler Ebene durchgeführt. Unser Ziel ist es, die größtmögliche Anzahl Bürger und Bürgerinnen in Europa zu erreichen, nicht nur die Jugend, und wir fordern Sie alle auf, diese Kampagne zu unter-

stützen und Ihre eigenen Aktivitäten zu organisieren. Die nationalen Komitees der Kampagne und die für die Koordinierung zuständigen Ansprechpartner und -partnerinnen des Europarates werden Ihnen gern jegliche Information, die Sie in diesem Zusammenhang benötigen, zur Verfügung stellen.

Die heutige Konferenz soll uns mit den integrierten Ansätzen der Kinder- und Jugendpolitik in Europa vertrauter machen. Das brauchen wir mehr denn je. In den meisten Ländern sind hierfür spezielle Fachministerien zuständig, die allerdings wenig, wenn nicht gar überhaupt keinen Einfluss haben, sobald es um die Verwendung geeigneter Mittel und notwendiger Werkzeuge zur wirksamen Behandlung der tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ursachen für diese Probleme geht, unter denen die benachteiligten Stadtteile so sehr leiden. Wir sollten auf jeden Fall für eine stärkere Koordinierung und größere Integration der politischen Ansätze auf nationaler Ebene plädieren, wobei die Mehrzahl der entsprechenden Aktivitäten auf lokaler Ebene umgesetzt werden können – und sollten – in Zusammenarbeit mit den Kommunalbehörden, der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren.

Ein Kollege beschrieb diese Konferenz als einen gigantischen Workshop, und ich glaube, er hatte recht. Sie alle zusammen repräsentieren 123 Städte aus 32 europäischen Ländern. Viele von Ihnen haben mit denselben Problemen zu kämpfen. Diese Konferenz wird Gelegenheit bieten, sich über Lösungsansätze auszutauschen, Lehren aus den negativen Erfahrungen der Vergangenheit und vor allem auch aus den bereits erzielten Erfolgen zu ziehen. Heute haben wir den Berlin-Prozess, morgen den Straßburg-Prozess, dann Madrid und schließlich Bukarest, und wir schaffen ein Netzwerk aller Partnerstädte, die sich über die Instrumente der sozialen Integration austauschen werden.

Eine ganze Generation den benachteiligten Stadtteilen in Europa entstammender Jugendlicher akzeptieren es nicht mehr, unbemerkt zu bleiben. Diese Jugendlichen sind zornig, weil man sie nicht respektiert, zornig, weil sie nicht wie seinesgleichen behandelt werden. Sie wollen Bildung und Arbeit. Sie wollen keine Almosen, sie wollen ihren Beitrag leisten. Und dieser Beitrag ist beachtenswert. In ihre Zukunft investieren darf nicht so aussehen, als wolle man nur die negativen Aspekte im Zaum halten, es muss bedeuten, das blühen und reifen zu sehen, was unsere Gesellschaften an Positivem haben.

Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam einen großen Schritt vorwärts machen und Theorie in die Praxis umsetzen können. Damit meine

ich, dass wir nicht nur Strategien entwerfen, sondern sie auch in die Tat umsetzen werden. Was wir zur Zeit am ehesten brauchen, ist Integration durch Beteiligung mit starker Unterstützung Jugendlicher für Jugendliche.

## **Fabienne Keller, Oberbürgermeisterin der Stadt Straßburg**

Die Frage nach der Jugend und ihrer Zukunft in den benachteiligten Nachbarschaften stellt sich täglich mit neuer Schärfe in all unseren Ländern und Städten. Sie ist vielleicht eines der Charakteristika, die die Gesamtheit der europäischen Gesellschaft und, allgemeiner gesprochen, der westlichen Welt prägen: es wird für uns immer schwieriger, die Jugendlichen in die Gesellschaft, die Arbeitswelt, in Bildung und Berufsausbildung zu integrieren.

Die Methoden und Instrumente, mit denen wir vor zwanzig Jahren noch für den sozialen Aufstieg sorgten, scheinen heute keine geeigneten Lösungen mehr zu bieten. Mehrere Symptome, die ausführlich schon während der Berliner Konferenz im November 2004 analysiert wurden, sorgen fortlaufend für Besorgnis unter all denen, die öffentlich Verantwortung tragen:

- Das Problem des Zugangs zu Bildung und Berufsausbildung ist allen europäischen Ländern gemein. Die jüngste, in Deutschland durchgeführte PISA-Studie zeigt sehr deutlich, dass der soziale Status der Eltern die Zugangschancen ihrer Kinder zu Bildung und Berufsausbildung bestimmen.
- Man könnte auch die Probleme der Kriminalität und der Gewalt in Schulen aufwerfen, die die ohnehin schon fragilen Bevölkerungsgruppen noch mehr schwächen und den vielen Ungerechtigkeiten eine neue hinzufügen.
- Außerdem müssen wir Antworten auf die soziale und alle anderen Formen von Diskriminierung finden.
- Und nicht zuletzt stellt sich auch die Frage nach der Identität und Bürgerschaft, d. h. nach der Beteiligung der Jugend am „politischen“ Leben (den Terminus „politisch“ muss man dabei in seiner größtmöglichen Bedeutungsvielfalt verstehen), am „politischen“ Leben in ihrem Quartier, ihrer Stadt, ihrer Region und ihrem Land.

Angesichts dieser ganzen Reihe von Problemen, die durchaus schwerwiegend sind, müssen wir, so meine ich, neue Lösungen erfinden. Wir müssen *tabula rasa* machen mit unseren überkommenen Vorstellungen und Vorurteilen, all den Schemata also, nach denen unsere Ge-

sellschaft bisher funktionierte und mit denen sie die Jugendlichen in das gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle bzw. politische Leben integrierte. Dieser Bruch mit unseren Mentalitäten, Gewohnheiten und der Art und Weise, wie wir schon immer vorgingen, vollzieht sich nicht von allein. In Frankreich haben wir hierfür ein ganz besonderes Beispiel. Es reichte, dass ein Minister von „positiver Diskriminierung“ sprach, um ihn der Schmach preiszugeben.

Ich wüsste allerdings nicht, wie man die Frage der Jugend und der benachteiligten Stadtteile ohne die „positive Diskriminierung“ in Angriff nehmen könnte, das heißt, ohne die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln, die sie dort benötigen. Es geht nicht darum, die Bevölkerung in den überforderten Nachbarschaften zu bevorzugen; es geht vielmehr darum, die Politik der gelebten Wirklichkeit anzupassen, im alltäglichen Leben, mit Beteiligung der Bewohner, und mit Hilfe des Eingreifens der öffentlichen Gebietskörperschaften gegen die sozialen Ungleichheiten anzugehen.

Genau das ist das Prinzip der Chancengleichheit, eines Wertes, den alle Länder des Europarates teilen, einem Wert aber auch, den wir, die gewählten Kommunalpolitiker und öffentlich Verantwortlichen mit Leben füllen und praktizieren müssen. Mehr denn je bin ich davon überzeugt, dass wir mit Einfallsreichtum und Kühnheit ans Werk gehen müssen. Wir müssen mit der Logik der Krise ein für allemal brechen und zur Hoffnung zurückfinden. Daher denke ich, dass die Konferenz des Europarates ein hervorragender Ansatz sein kann, die Herausforderungen anzunehmen, vor die uns unsere Jugend heute stellt.

Die Jugendlichen in unseren Quartieren stellen uns Fragen. Sie fragen uns, was die Grundlage unserer Gesellschaft, unsere Werte, unsere politischen Grundsätze eigentlich ausmacht. Wir müssen auf jede einzelne dieser Fragen antworten. Das ist unsere Rolle, das ist unsere Aufgabe. Fertige Antworten gibt es dabei nicht. Sie müssen erfunden werden, im Austausch der Gedanken und Erfahrungen, in der Auseinandersetzung und auf dieser Konferenz, die hier und heute dank der Entschlossenheit und des Engagements des Europarates und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas in Straßburg beginnt.

## **Valéry Genniges, Kabinett des französischen Ministers für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände**

Es ist mir eine große Freude, heute hier den Minister für Jugend, Sport und Vereinswesen, Herrn Jean-François Lamour vertreten zu können. Schon an der offiziellen Bezeichnung unseres Ministeriums erkennen Sie, warum das Thema, zu dem Sie sich hier und heute zusammenfinden, für uns ein wichtiges Anliegen und zugleich auch ein bedeutendes Betätigungsfeld unseres Referats im Ministerium ist.

Die Diagnose der Schwierigkeiten, die alle überforderten Nachbarschaften in Europa prägen, ist klar, und die Symptome sind überall in Europa spürbar, auch wenn ich hierbei besonders an die Ereignisse des vergangenen Herbstes in Frankreich denke. Die Schwierigkeiten, mit denen die Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Quartiere zu kämpfen haben, sind vielfältig und betreffen in letzter Konsequenz die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Die Berichterstattung hierüber in den Medien lenkte die Aufmerksamkeit auf die jungen, zuweilen sehr jungen Menschen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Schwierigkeiten einer umfassenden Lösung bedürfen.

Abbau der Ungleichheiten, bewusste Konzentrierung auf die betroffenen Quartiere, Beteiligung der Bevölkerung und insbesondere der Jugendlichen, Kohärenz zwischen den von den unterschiedlichsten Akteuren vor Ort durchgeführten Maßnahmen, Effizienz und Evaluation – das sind die Stichwörter, an denen sich unsere Arbeit orientieren muss, und die große Herausforderungen für die öffentliche Politik heute und in den kommenden Jahren bedeuten.

In diesem Sinne möchte ich eine in Frankreich gemachte Erfahrung mit Ihnen teilen: die sog. lokalen Bildungsvereinbarungen (*contrats éducatifs locaux*). Die Frau Oberbürgermeisterin wird mir gewiss nicht widersprechen, weil die Stadt Straßburg seit jeher führend auf diesem Felde ist. Es handelt sich dabei um eines der bedeutsamsten Beispiele für partnerschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der öffentlichen Politik. Überlegungen zur Bildungs- und Präventionsproblematik führten alle beteiligten Akteure schnell zu einer Bündelung ihrer Anstrengungen. Diese Politik ist das Ergebnis eines langen Prozesses, der auch auf der nunmehr 20-jährigen, starken Dezentralisierung der französischen Verwaltung basiert.

Nach einer ersten Phase der Umsetzung unmittelbar durch die für lokale Politikansätze verantwortlichen Ministerien und der anschließenden gemeinsamen Fortführung mit

den kommunalen Gebietskörperschaften und lokalen Initiativen ist heute der Augenblick der Partnerschaften und integrierten Politikansätze gekommen. Was ist nun eine lokale Bildungsvereinbarung? Ganz einfach die Bündelung aller von den verschiedensten Akteuren im Rahmen eines gemeinsamen Bildungsprogramms durchgeführten Maßnahmen. Ich sage „ganz einfach“, aber Sie, die Sie ja vor Ort arbeiten, wissen sehr gut, dass ein solches Vorgehen täglich neues Engagement und neuen Einsatz erfordert.

Konkret:

- die unterschiedlichen Ministerien an einen Tisch bringen – das Ministerium für Jugend und Sport, das nationale Bildungs- und vor allem Kultusministerium –, die lokalen Gebietskörperschaften – Städte, Gemeindeverbände, Departements und hier und da auch die Region –, das Vereinswesen / die Initiativen, die Bewohner, vor allem die Jugendlichen, aber auch ihre Eltern, die Vertreter und Vertreterinnen der Jugendarbeit u.s.w.;
- gemeinsam die Lage eines Quartiers analysieren, positive und negative Punkte;
- gemeinsame Zielsetzungen festlegen im Hinblick auf Bildung und Prävention;
- die Mittel eines jeden einzelnen Beteiligten allgemein verfügbar machen und
- schließlich die Ergebnisse auswerten.

Das alles sind nicht nur die verschiedenen Etappen der Umsetzung einer lokalen Bildungsvereinbarung, sondern auch die Grundbedingungen für deren Erfolg. Denn für dieses gemeinsame Bemühen um Bildung und Prävention bedarf es eines integrierten Ansatzes. Selbstverständlich reiht sich diese Politik mit denselben Kohärenzanforderungen ein in den größeren Rahmen der öffentlichen Förderung der von Ausgrenzung, Diskriminierungen, Gewalt und Armut geprägten Quartiere. Daher ist die lokale Bildungsvereinbarung in Frankreich auch Teil einer breiter angelegten Zielvereinbarung, dem *contrat de ville*, der alle Bereiche staatlicher Förderung umfasst: soziale Eingliederung, Kriminalitätsprävention, Zugang zu Recht, Alphabetisierung, soziale Mediation, Gesundheitswesen, Schulförderung, Freizeitangebote, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung etc.

Dies ist nur ein Beispiel, das natürlich ausgewertet werden muss, und in den Workshops werden Sie morgen viele andere Beispiele aus ganz Europa kennenlernen. „Think global, act local“, forderte der Wirtschaftsjournalist Theodore Lewitt 1983. Beherzigen wir diese Aufforderung in unserem Sinne. Denn das Wesentliche an unserer heutigen Zusammenkunft

sind sowohl der Austausch von Erfahrungen und guter Berufspraxis (warum eigentlich nicht auch schlechter?), als auch die Möglichkeit, auf dieser Grundlage Instrumente für das weitere Vorgehen zu entwickeln.

Unsere Sorgen sind dieselben. Dies belegen die immer zahlreicheren europäischen Initiativen auf diesem Feld. Gemeinsam mit unseren deutschen Partnern wollten wir in unserer Kooperation das Hauptaugenmerk auf die Integration der Jugendlichen lenken. Sie wird auch das zentrale Thema des kommenden deutsch-französischen Ministerratstreffens am 14. März 2006 in Berlin sein. Wir haben in der Europäischen Union die Initiative des Europäischen Jugendpaktes lanciert, die genau diese Frage nach der Rolle der Jugendlichen in der Politik der sozialen Integration und der Verwirklichung der Lissabonstrategie stellt; und dieser Jugendpakt wird nun gerade zu einem Zeitpunkt umgesetzt, wo wir sehr große Hoffnung in sein Gelingen setzen.

Sie sehen also, dass es zahlreiche Stellen gibt, die Ihre Arbeiten durchaus als Inspiration begreifen. Diese Konferenz muss nützlich sein, dem Handeln zweckdienlich, sinnvoll für die Antworten, die wir alle für die Probleme benachteiligter Quartiere finden müssen. In diesem Sinne lag dem Ministerium für Jugend, Sport und Vereinswesen auch sehr daran, sich dieser ausgezeichneten Initiative des Europarates und des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anzuschließen. Und ich danke hier auch allen Beteiligten für ihr Engagement. Herr Minister Lamour ist seinerseits sehr an den Schlussfolgerungen Ihrer Arbeit interessiert und wird sie auch gern in allen Referaten unseres Ministeriums berücksichtigen, deren Aufgabe es ist, den Jugendlichen in den betroffenen Quartieren die Antworten zu geben, die sie von uns erwarten.

# „Der Berlin-Prozess und seine Folgen“ – Statements der Veranstalter

## Ulrich Bohner, Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates

Zunächst möchte ich mich sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie hier so zahlreich zu uns gefunden haben. Immerhin sind ja von den 46 Mitgliedstaaten des Europarates 32 hier vertreten mit Teilnehmer/innen aus 123 Städten. Dies spricht dafür, dass dieser Gedankenaustausch hier durchaus interessiert. Dafür gibt es, glaube ich, auch einige aktuelle Gründe, wenn man sich erinnert an das misslungene Referendum über die Europäische Verfassung, so, wie es in Frankreich und in den Niederlanden stattgefunden hat, oder an die Unruhen der Jugendlichen, die es vor zwei Monaten hier in Frankreich gegeben hat.

Heute morgen konnte man in den Medien hören und lesen, dass laut jüngsten Meinungsumfragen 80% der Franzosen heute denken, dass sich solche Aufstände jederzeit wiederholen könnten. Und mehr als 80% meinen gleichzeitig, dass die bisherige Politik nicht ausreicht, um wirklich an die Wurzeln dieser Probleme zu greifen und die Herausforderungen anzunehmen, denen unsere Städte sich heute gegenüber sehen. Diese Problematik beschränkt sich natürlich nicht auf Frankreich, und ich bin auch kein Meinungsumfragefetischist. Aber ich glaube schon, dass man berechtigterweise besorgt sein sollte, und das beunruhigt auch unsere Kommunal- und Regionalpolitiker/innen, die an unserem Kongress teilnehmen.

Natürlich gibt es hier und da auch positive Reaktionen mit dem Bestreben, diese Situationen in einen politischen Kontext zurückzuführen, wo sie auch hingehören, da die gewählten Politiker/innen den jungen Leuten, die vor mannigfachen Problemen stehen, auch zuhören sollten. Ein gutes Beispiel: viele Jugendvereine sind erfolgreich in Frankreich mobilisiert und ermutigen die Jugendlichen, sich in die Wahllisten einzutragen, damit sie an den nächsten Wahlen teilnehmen können. In diesem Sinne schlussfolgerte Brüssel ja auch als Reaktion auf das Referendum in Frankreich zum Europäischen Verfassungsentwurf, dass man mehr Dialog braucht. Mehr Dialog mit der Bevölkerung im allgemeinen, aber vor allem mehr Dialog mit den Jugendlichen. Im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates haben wir diese Ereignisse selbstverständlich nicht abgewartet, um jetzt die Bedeutung der Partizipation zu entdecken. So kann man beispielsweise schon in der Einleitung der Europäischen Charta der Kommunalen Selbstver-

waltung, die vor nunmehr 20 Jahren von fast allen Mitgliedstaaten des Europarates, abgesehen von vier Ausnahmen, ratifiziert wurde, lesen: „In der Erwägung, dass das Recht der Bürger auf Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten einer der demokratischen Grundsätze ist, die allen Mitgliedstaaten des Europarates gemeinsam sind...“. Diese Charta wurde 2001 durch eine Empfehlung des Ministerausschusses zur Beteiligung der Bürger am öffentlichen, kommunalen Leben ergänzt, und das ist ein sehr umfassender Text, der zugleich auch viele Denkanstöße gibt.

Wir haben auch an spezifischen Themen gearbeitet, zum Beispiel der Teilhabe von Ausländer/innen am öffentlichen, kommunalen Leben, und wir haben eine Konvention des Europarates aus dem Jahre 1992, die aber leider in den Mitgliedstaaten nicht sonderlich erfolgreich war, denn nur acht von ihnen haben sie ratifiziert. Mindestens drei andere haben sie unterzeichnet, ohne sie bis heute zu ratifizieren. In gewisser Hinsicht ist sie gescheitert, was sich möglicherweise dadurch erklären lässt, dass die Europäische Union Ausländer/innen durch den Maastricht-Vertrag zwischenzeitlich das Wahlrecht gewährt hat. Aber das reicht nicht aus, weil viele Ausländer/innen, die unter uns leben, nicht aus der EU stammen. De facto erhielten sie durch den Maastricht-Vertrag nicht das Recht, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen.

1992 initiierten wir auch die Europäische Charta für die Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region. Diese Charta wurde 2003 revidiert und nach ihrer Verabschiedung durch den Kongress, gemeinsam mit dem Direktorat für Jugend des Europarates, unmittelbar in eine Empfehlung des Ministerausschusses der Mitgliedstaaten umgewandelt. Nun bedeutet dies nicht, dass schon alles erreicht wäre. Wir arbeiten zur Zeit an der Entwicklung eines Leitfadens und einer CD ROM mit guten Beispielen, die aus dieser Charta resultierten, um die politisch Verantwortlichen zu ermutigen, diesen Text aus der Schublade zu holen und umzusetzen.

Natürlich können Konferenzen wie diese, die wir gemeinsam in Berlin mit dem deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend organisiert haben, den Austausch über gute Praxis fördern und die Partizipationsdefizite sichtbar machen. Daher ist das Programm „Soziale Stadt“ und „E&C“, das in Deutschland mit der Absicht aufgelegt wurde, jungen Leuten Entwicklungschancen zu bieten, hilfreich, insbesondere in den benach-

teiligten Wohnquartieren. Und wir begrüßen ausdrücklich das Bestreben der deutschen Institutionen, den Dialog mit anderen europäischen Städten über erfolgreiche, aber auch gescheiterte Projekte bzw. die Gründe des Scheiterns zu suchen. Das ist nämlich der Anfang dieses Prozesses.

Parallel dazu begannen wir mit der Stadt Stuttgart den Prozess der Beteiligung von Ausländer/innen an der öffentlichen Kommunalpolitik, um das Augenmerk darauf zu lenken, was es bereits gibt: Ausländerräte, Ausländervereine usw., und um die guten Beispiele in diesem Bereich hervorzuheben. Auch dabei handelt es sich nicht um ein abgeschlossenes Projekt, im Gegenteil: Wir werden alle gemeinsam den Dublin-Prozess zur Ausbildung, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, für eine bessere Integration von Ausländern starten, um das umzusetzen, was der Kongress und die Stadt Stuttgart den „Pakt für Integration“ nennen. Unsere Städte wissen, wie schwierig es zuweilen ist, wenn man 25, 27, 30 % Ausländeranteil hat und diese Ausländer nicht dieselben Rechte genießen wie alle anderen Staatsbürger.

Nun, was sind denn genau jugendpolitische Ansätze? Es reicht sicher nicht aus, die Gewalt über Polizeiaktionen eindämmen zu wollen. Es liegt auf der Hand, dass das nicht ausreicht, denn die Hauptgründe bleiben nach wie vor dieselben: Die Jugendlichen leben in Ghettos, in denen sie keine ordentlichen Wohnungen haben, keine Arbeit. Dazu kommen zuweilen Drogenprobleme, Gewalt usw., und vor allem der Mangel an Respekt. Es ist ja kein Zufall, dass eine neue feministische Bewegung gerade in den französischen Vororten entstanden ist: Die Bewegung „Weder Hure, noch unterworfen“ (*Ni putes, ni soumises*), die in wenigen Monaten eine kleine Schrift verbreitet hat über den Respekt, vor allem den Respekt gegenüber den jungen Frauen in unseren Städten, der ihnen viel zu selten entgegengebracht wird. Wir betrachten daher unsere Aktion nicht als punktuell Handeln, sondern als eine Aktion, die weiterverfolgt werden muss, bis es gelingt, gute Lösungen für die Probleme zu finden.

Zunächst einmal gehen wir davon aus, dass das, was hier auf den Tisch kommen soll, ein Angebot für alles sein muss. Von einander zu lernen, Arbeitsmethoden, Ergebnisse und Erfahrungen auszutauschen, um Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen wieder Kraft, Selbstvertrauen und Motivation zum Neuanfang zu geben. Es geht darum zu integrieren statt auszugrenzen. Das ist die große Schwierigkeit. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen. Es darf aus Sicht des Europarates keine Bürger zweiter Klasse ge-

ben. Das gilt sowohl für die Jugendlichen, das gilt für die Ausländer, die bei uns leben und arbeiten. Hier setzt der Berlin-Prozess erfolgreich an.

Ein Schlüssel aus Sicht des Europarates ist die Partizipation, die Beteiligung der Jugendlichen. Unsere Charta zur Beteiligung der Jugendlichen setzt hier den Hebel an. Nur wenn Jugendliche bereit sind, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, und wenn man ihnen die Gelegenheit gibt, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, können wir wirklich dazu beitragen, die Zukunftschancen der Jugendlichen zu verbessern. Die Vernetzung der Arbeits- und Kompetenzbereiche von Sozialarbeiter/innen, NGOs, Jugendorganisationen und gewählten Gemeinde- und Regionalvertreter/innen trägt entscheidend dazu bei, Kräfte und Mittel zu bündeln und neue Initiativen vor Ort – da wo sie gebraucht werden – auf den Weg zu bringen. Hierzu gehört es auch, dass sich die gewählten Vertreter darum bemühen müssen, das Vertrauen der Bürger und insbesondere der Jugendlichen wieder zu gewinnen. Der Kongress hat in diesem Zusammenhang bereits vor mehreren Jahren einen Europäischen Verhaltenskodex für gewählte Vertreter auf der kommunalen Ebene erarbeitet. Einen Kodex, an dem wir auch heute noch festhalten und den wir uns bemühen, in den verschiedenen Mitgliedstaaten des Europarates zu publizieren und zu verbreiten.

Wir behaupten nicht, dass wir irgendwelche Patentrezepte anbieten können, aber sicher kann diese Konferenz Gelegenheit sein, Lösungsansätze zu präsentieren, die dazu beitragen, dass Jugendliche nicht in Ausweglosigkeit und Gewalt abgleiten. Nach Schätzungen der französischen Versicherungsunternehmen haben die Krawalle und Ausschreitungen des letzten Jahres einen Schaden von 200 Mio. Euro verursacht. Wenn man sich einmal vergegenwärtigt, wie viele interessante Projekte man vor Ort für einen solchen Betrag hätte durchführen können und hätte durchführen sollen, um die Eingliederungschancen der Jugendlichen in unsere Gesellschaft zu verbessern. Stattdessen wird lediglich gekittet und repariert, was weitgehend an unzureichender Infrastruktur in den Vorstädten bei solchen Unruhen zu Bruch gegangen ist bis hin zu Schulen, Kindertagesstätten und so weiter.

Ich sehe daher mit Interesse auch die Initiative „Kompetenzagenturen“ in den benachteiligten Stadtteilen, die Herr Dr. Fricke angesprochen hat. Wir brauchen solche Anlaufstellen in den Stadtteilen. Quartiersmanagement setzt vor Ort an, auf lokaler Ebene, da wo Probleme sind, wo sie von den Betroffenen gelebt bzw. erduldet werden. Unser Ansatz muss sein:

Weg vom passiven Erdulden hin zum aktiven Handeln. Nur so können wir zu einer wirklichen Trendwende in den benachteiligten Stadtgebieten beitragen. Sich als ein nützlicher, wertvoller Teil einer Gesellschaft zu empfinden, ist für die Jugendlichen entscheidend. Ich kann mich an meine eigene Jugend erinnern, es war für die Jugendlichen oft sehr viel einfacher, einen richtigen Platz in der Gesellschaft zu finden. Ich sehe heute bei vielen Jugendlichen, dass dieser Prozess für sie sehr schwierig geworden ist.

Die Jugendlichen in Pariser und anderen Vororten sehen genau diese Perspektive für sich nicht mehr. Sie fühlen sich ausgeschlossen und an den Rand eines gesellschaftlichen Systems gedrängt, das für sie keine Verwendung mehr hat, das für sie keine Arbeit mehr hat und das für sie keinen angemessenen Wohnraum bereithält. Es bedarf deshalb der aktiven Mitwirkung der Jugendlichen auf lokaler und regionaler Ebene, um Brücken zu bauen zum besseren gegenseitigen Verständnis durch die konkrete Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten: Jugendlichen, Politikern, Sozialarbeitern und Lehrern. Wir sollten uns hier alle eingeladen und motiviert fühlen, die Chance zu ergreifen, damit von dieser Konferenz eine Art Dominoeffekt für die benachteiligten Stadtteile ausgeht. Der aufzeigt, dass wir gemeinsam eine realistische Chance haben, Ghattobildung zu vermeiden und die Teilhabe aller Bürger und vor allem der Jugendlichen und Kinder an der Entwicklung unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Erlauben Sie mir noch ein paar Worte zu unserer Charta, mit dem Versuch, Ihnen dieses gelungene Instrument des Europarates ans Herz zu legen und zur direkten Anwendung weiterzuempfehlen. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein paar Passagen aus der Präambel der Charta zitieren, die belegen, dass anhand dieses Leitfadens Bedingungen geschaffen werden können, die den Jugendlichen endlich den Platz in der Gesellschaft einräumen, der für den Aufbau und die Fortführung einer lebendigen Demokratie unerlässlich ist. Es heißt dort: „Die Herausbildung aktiver Bürger oder der Aufbau einer Demokratie für die Zukunft ist jedoch nicht das einzige Ziel der Einbeziehung der Jugend. Damit ihre Beteiligung sinnvoll ist, ist es unerlässlich, dass die Jugendlichen Beschlüsse und Aktionen schon heute und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt ihres Lebens beeinflussen können.“ In Artikel 59 der Charta heißt es: „Eine wahrhafte Beteiligung am Leben der Gemeinde und der Region muss darauf beruhen, dass sich die Jugendlichen der in ihrem Gemeinwesen im Gange befindlichen gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen

bewusst sind. Das bedingt das Vorhandensein einer ständigen Vertretung oder einer Struktur von der Art eines Jugendrates, Jugendparlaments oder Jugendforums.“

Wir glauben, dass dieser Weg, der in vielen Städten schon seit Jahrzehnten beschritten wird, auch für andere Städte, auch in Zukunft richtungsweisend sein sollte, weil eine Politik für die Jugendlichen ohne die Jugendlichen nicht möglich ist. Die Jugendlichen müssen sich selbst daran beteiligen und die Erwachsenen und insbesondere unsere kommunalen und regionalen Politiker müssen den Jugendlichen dazu die Möglichkeiten an die Hand geben. Wenn wir dies auf dieser Konferenz und vielleicht im Rahmen einer Konferenz im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft in einem Jahr noch weiterführen können, dann hat sich unser Zusammensein hier gelohnt und dann ist es erfolgsversprechend und diesen Erfolg möchte ich uns allen und vor allen Dingen den Jugendlichen in unseren Mitgliedstaaten wünschen.

### **Dr. Ralf-René Weingärtner, Direktorat für Jugend und Sport des Europarates**

Ulrich Bohner hat schon so viele wichtige Dinge gesagt, die zu sagen waren, und das braucht nicht wiederholt zu werden. Ich möchte mich deshalb auf einige ergänzende Anmerkungen beschränken. Dieser Programmteil trägt den Titel „Der Berlin-Prozess und seine Konsequenzen“. Lassen Sie mich zuallererst einige dieser Konsequenzen nennen und anschließend einige Wunschvorstellungen äußern bzw. Konsequenzen, die nach meiner Vorstellung in zukünftige Veranstaltungen der 46 Mitgliedstaaten des Europarates fließen könnten.

Der Berlin-Prozess begann aufgrund einer Initiative des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Kongresses der Gemeinden und Regionen und des Direktorats für Jugend des Europarates anlässlich einer Konferenz im November 2004. Was ist bisher geschehen? Ein Ergebnis vom November 2004 ist die gemeinsame Erklärung, die von den Teilnehmer/innen verabschiedet wurde. Diese Erklärung hatte ihre Auswirkungen sowohl auf die Konferenz der Minister für Jugend im September 2005 in Budapest als auch auf die Vorbereitungen der neuen Jugendkampagne „Alle verschieden – alle gleich“ des Europarates, so dass ein positiver Schneeballeffekt erzielt wurde. In 2005 waren es drei Partner, wie ich schon sagte: das deutsche Bundesministerium für Jugend, der

Kongress und das Direktorat für Jugend. Mittlerweile sind auch das französische Jugendministerium und die Europäische Kommission mit an Bord, und wir sind recht optimistisch. Das bringt mich auf die Zukunft: Wir werden noch mehr Partner an Bord nehmen, weitere Regierungen und internationale Institutionen.

In 2004 war noch nicht vorauszusehen, was im Herbst 2005 in Frankreich geschehen sollte. Ich möchte das nicht auf Frankreich beschränken, weil wir dieselben Themen und Probleme in den meisten anderen Mitgliedstaaten auch beobachten können. Im Jugendbereich des Europarates glauben wir, dass die Jugendlichen den Unterschied ausmachen, dass junge Leute nicht etwa das Problem sind, zu dem die Presse und die Medien sie machen, sondern dass sie auch die Lösung der zu beobachtenden Probleme liefern können. Für uns sind die Jugendlichen Partner – und das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis – nein, sie sind Partner im besten Sinne von Partnerschaft. Wir haben Mitscheidungs- und Mitbestimmungspartnerschaften (*Co-Management*, Anm. der Red.) im Europarat, in denen die Vertreter/innen der Jugendorganisationen das selbe Mitspracherecht haben wie die Vertreter/innen der Jugendministerien im Hinblick darauf, was wir planen und wie wir es umsetzen wollen.

Dieses Modell mag nicht von allen Regionen bzw. Regierungen übernommen werden können, aber es ist bereits Realität und wurde – so kann man fast schon sagen – zu einem gewissen Maße imitiert und an spezifische Situationen in den Mitgliedstaaten angepasst. Es gibt dieses Modell schon seit über 30 Jahren, und zwar erfolgreich, wie wir meinen. Oft wurde gesagt, dass wir ja immer nur mit den schon „bekehrten“ Jugendlichen zusammenarbeiten, jungen Leuten mit gutem Willen, die sich politisch korrekt verhalten. Zwar mag darin ein Körnchen Wahrheit liegen, aber wir sollten uns auch klarmachen, dass in der Jugend eine große Kraft liegt, die bisher nur wenig genutzt wird. Viele Jugendliche arbeiten in Jugendorganisationen mit, in politischen und umweltorientierten Jugendorganisationen, bei den Pfadfindern, in religiösen Jugendorganisationen und in Organisationen bzw. Projekten, die gegen jegliche Form von „Ismen“ und für positive Werte kämpfen.

Das bringt mich auf etwas, was die stellvertretende Generalsekretärin heute nachmittag schon sagte, nämlich diese neue Kampagne, die von den Staats- und Regierungschefs der 46 Mitgliedsstaaten des Europarates im Mai 2005 in Warschau ausdrücklich unterstützt wurde: „Alle verschieden – alle gleich“. Dies ist eine Kampagne für die Unterschiedlichkeit, eine Kampagne für Partizipation, eine Kampa-

gne zur Förderung der Menschenrechte, die sich unmittelbar gegen Rassismus richtet, gegen Antisemitismus, gegen Islamfeindlichkeit, gegen die Diskriminierung von Homosexuellen, Minderheiten usw. und für die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau, Mädchen und Jungen kämpft.

Die Kampagne steht in engem Zusammenhang mit dieser Konferenz, aber nicht ausschließlich. Wenn man sich die Themen der Workshops anschaut, dann stehen drei Themen in unmittelbarem, zwei in mittelbarem Zusammenhang mit der Kampagne. Sie wird auf europäischer und nationaler, auf regionaler und lokaler Ebene durchgeführt und startet im Juni 2006. Offiziell endet sie im September 2007. Ich bin mir sicher, dass die Kampagne einen anhaltenden Prozess in Gang setzen wird, so wie das auch der Berlin-Prozess tut. Die Kampagne steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Konferenz und ich sehe gute Synergien zwischen Konferenzen wie dieser, dem Berlin-Prozess und der Kampagne.

Die Erklärung der Berlinkonferenz in 2004 war schon ein starker Input für die Vorbereitung der Kampagne, und ich bin sicher, dass sich die Ergebnisse, die Sie hier erzielen werden, auch auf die Durchführung der Kampagne auswirken werden. Ich bin sicher, dass unsere Freunde in den Regierungen, die Akteure auf lokaler und regionaler Ebene und unsere Partner in der Jugendarbeit vor Ort schon sehr neugierig auf die Ergebnisse dieser Konferenz sind. Die Organisatoren zählen auf Sie und sind sicher, dass Sie zu unser aller Ziel beitragen werden: Diskriminierung und negative Lebenssituationen Jugendlicher in benachteiligten Quartieren zu überwinden. Wir sind sicher, und ich denke, davon sind alle überzeugt, dass niemand von Ihnen die Patentlösung hat, aber wir haben alle unsere kleinen, guten Beispiele, *Tools* und Instrumente, die Stück für Stück dazu beitragen werden, die Lage in unseren Quartieren zu verbessern.

**Peter Kupferschmid,  
Ministerium für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend der Bundes-  
republik Deutschland**

Was ich bis jetzt erlebt habe, ist beeindruckend. Ich finde es, auch vor dem Hintergrund, dass wir in Deutschland seit 1999 und richtig seit 2000 in dem Bereich engagiert sind, beeindruckend, wie viele Kommunen, wie viele Praktiker hier sind und mit welcher Ernsthaftigkeit sie an das Problem herangehen. Und vielleicht sollte man an dieser Stelle sagen, die Voraus-

setzung dafür, mit Problemen fertig zu werden ist, sie zu erkennen und sie ehrlich, ernsthaft und seriös anzugehen. Wir haben viel davon gehört, was soziale Brennpunkte ausmacht. Ich möchte den einen Punkt hinzufügen und der ist für mich ein sehr zentraler: Die Kinder und Jugendlichen, die in sozialen Brennpunkten leben, leben dort nicht freiwillig. Sie können sich nicht aussuchen, ob sie umziehen, wie das ja viele Familien tun, wenn sie zu Geld kommen. Sie wachsen dort auf und haben weniger oder deutlich schlechtere Chancen als ihre Gleichaltrigen, auf die sie dann in Kindergärten oder spätestens in der Schule treffen. Dies darf in einer Gesellschaft, die auf soziale Gerechtigkeit setzt, nicht passieren. Deshalb ist es so wichtig und von zentraler Bedeutung, dass die Politik sich um dieses Problem kümmert.

Wenn Kinder und Jugendliche also eine Welt als normal erlernen, in ihr aufwachsen und diese sich nachher in der Gesellschaft als Außenseiterposition darstellt; wenn sie als normal erfahren, dass der Verdienst ihrer Eltern nicht erarbeitet wird, sondern vom Staat kommt; wenn sie als normal erfahren, dass öffentliche Einrichtungen weit, weit weg sind; wenn sie als normal erfahren, dass Gewalt, Unruhe herrscht, dass öffentliche Plätze und Straßen in ihrem Stadtteil nicht die Qualität haben wie anderswo, dann muss man sich nicht wundern, wenn sie dann später als Teenager, als Twens und als Erwachsene sich ganz anders in ihrer Gesellschaft bewegen als die Kinder und Jugendlichen, die in anderen Stadtteilen groß geworden sind, die unsere Gesellschaft mit einem sehr viel menschlicheren Gesicht erlebt haben.

Es ist unsere Aufgabe, hier eine Brücke zu schlagen und Solidarität einzubringen. Und das fängt sehr früh an. Wir haben die Daten in Deutschland, dass diejenigen, die in sozialen Brennpunkten aufwachsen, eine geringere Lebenserwartung haben als die Menschen, die anderswo aufwachsen. Wir wissen, dass die Frage der Gesundheitsvorsorge, ganz schlicht zum Beispiel Zähne putzen, dort ein sehr viel größeres Problem ist als anderswo. Wir wissen auch, dass Eltern und Familien in diesen Sozialräumen häufig überfordert sind und wir sind gehalten, und ich glaube, das ist der erste Schritt, zu schauen, was wir tun können und was wir hier ergänzen können.

Für mich sind vier Punkte zentral. Der erste ist, was ich als integrierte Strategien oder Querschnittsaufgabe bezeichne: Wir haben viele Ämter und Strukturen und ich habe mir als Utopie schon oft gedacht, dass, wenn alles Geld, was irgendwo im Territorium eines sozialen Brennpunkts ankommt, völlig frei wäre und frei verwendet werden könnte und sich alle zusammensetzen und überlegen, was sie

damit täten, ganz unerwartete Resultate erzielbar wären. Nun geht es nicht, weil Gesellschaft Strukturen und Spielregeln hat, die auch ihren Sinn machen. Aber es ist notwendig, dass Arbeitsämter, Sozialämter, Schulen, Ärzte, Krankenkassen, Kirchen, Projekte zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen und dann ist schon sehr viel erreicht.

Der zweite Punkt, ohne den es nicht geht, ist die Hoffnung und die Eigeninitiative. Hoffnung und Aufwärtsbewegung sind nur möglich, wenn es die Bewohner selbst wollen. Bei Jugendlichen sagen wir, Partizipation, Beteiligung: Wir müssen lernen, sie ernst zu nehmen und wir müssen Wege finden, sie so zu begeistern, sie so anzusprechen, dass sie bereit sind, sich selbst um ihre Stadtteile zu kümmern und von selbst merken, dass Autos oder Schulen anzünden nun wirklich nicht der richtige Weg in eine bessere Zukunft ist.

Der dritte Punkt und das ist das Thema Nr. 1, zumindest in Deutschland bei Kindern und Jugendlichen, ist die Frage der beruflichen Zukunft. Was habe ich später an beruflicher Zukunft, wenn ich, und das ist der zweitwichtigste Wunsch, Familie gründen will, habe ich dann auch Arbeit, habe ich die Möglichkeit, Familie überhaupt zu realisieren. Wir werden alle an dieser Frage der beruflichen Zukunft gemessen werden und wenn wir dort nicht erfolgreich sind, werden wir kaum eine Chance haben. Es gibt die Europäische Beschäftigungsstrategie, es gibt viele Ansätze und ich glaube, die Konferenz wird auch da einiges an Ergebnissen bringen. Der vierte Punkt: Überall dort, wo wir die Probleme haben, haben wir einen weit überproportionalen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. So nennen wir das mit all dem, was zusammen kommt. Die Probleme sind vielleicht qualitativ keine anderen als bei denen, die einen deutschen Hintergrund in Deutschland haben oder einen französischen Hintergrund in Frankreich, aber sie sind eben dort, wo sich der Migrationshintergrund konzentriert und rein von der Quantität erheblich größer. Und insofern ist das eindeutig: Wenn wir es nicht schaffen, diese Kinder und Jugendlichen zu integrieren, auch in die Gesellschaft zu integrieren mit all dem, was eine Gesellschaft ausmacht, werden wir kaum eine Chance haben.

Abschließend: In der Jugendforschung liegen noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Ich erlebe viele Praktiker, viel Kreativität, viele und ganz tolle Projekte, aber mir fehlt häufig die Hilfe, die ich fachlich bräuchte, um dieses in allgemein gültige Strategien umzugießen – deshalb hier auch der Wunsch an die Jugendforschung. Diese Tagung muss sich letztlich an ihrem Erfolg messen lassen und Erfolg wird

sein, inwieweit wir es schaffen, zu diesen Problemen konkrete Lösungen, Strategien zu entwickeln, die vor Ort in den Kommunen, in den Städten, in den Stadtteilen helfen. Ich will uns allen ganz zum Schluss eigentlich nur noch ein Beispiel mit auf den Weg geben: Es gibt in der Bibel im Alten Testament das Beispiel eines Vaters, der eine große Familie mit vielen Kindern hatte. Einer der Söhne wollte nicht einsehen, dass es Dinge gibt, die nur gemeinsam lösbar sind, die den Konsens und die Zusammenarbeit aller erfordern. Der Vater hat dem Sohn ein Bündel von Ruten in die Hand gedrückt und hat ihn aufgefordert, es zu zerbrechen. Er konnte dies nicht. Dann hat er das Bündel aufgebunden und ihm eine einzelne Rute in die Hand gegeben. Es war sehr einfach, diese zu zerbrechen. So hat er seinem Sohn deutlich gemacht, dass Gemeinsamkeit und Solidarität stark macht. In sozialen Brennpunkten wird es nur aufwärts gehen, wenn wir zusammenarbeiten und wenn wir aus vielen einzelnen Disziplinen, aus vielen einzelnen Ansätzen zu einer gemeinsamen neuen und solidarischen Strategie für soziale Brennpunkte kommen.

### **Abschlussrede: Yavuz Mildon, Präsident der Kammer der Regionen, Kongress der Gemein- den und Regionen des Europa- rates**

Ende der 1980er Jahre wurde mit dem „Wohnkomplex für die Jugend“ eine neuartige Initiative in Moskau gestartet. Der erste dieser Komplexe wurde in Saburovo am Stadtrand gebaut. Dieses Quartier war für junge Familien gedacht, verfügte über ein eigenes Statut und einen von den jungen Familien selbst gewählten, eigenen Verwaltungsrat – eine Miniregierung, wenn man so will. Der Komplex hatte seine eigenen Geschäfte, Sport- und Freizeitanlagen und diverse Kleinunternehmen. Die Bewohner hatten das Gefühl, zu einer großen Familie zu gehören, die ihre Zukunft selbst in die Hand nahm, und erlebten zum ersten Mal Demokratie, da sie ihre „Regierung“ selbst wählten.

Dieses innovative Projekt war nur möglich, weil es von der Stadt Moskau unterstützt wurde. Heute, zum Ende dieser Europäischen Fachkonferenz über soziale Brennpunkte, ist die Notwendigkeit, weitere Projekte dieser Art aufzulegen, für jeden von uns offensichtlich. Die überforderten Nachbarschaften, die von der Mehrheit eher als Sicherheitsproblem denn als soziale Frage begriffen werden, sind sich schon viel zu lang selbst überlassen. Und dennoch hat die Gewalt des letzten Jahres in den Städten klar gezeigt, dass man für die

Wiederherstellung eines Klimas der Sicherheit, von dem alle Mitbürgerinnen und Mitbürger profitieren, einerseits die sozialen Ursachen der Armut bekämpfen muss, als da sind Integrationsdefizite, mangelhafte Bildung und Berufsausbildung sowie die Arbeitslosigkeit, und andererseits mit den Vorurteilen und Klischees aufräumen muss, die gemeinhin mit diesen Quartieren in Verbindung gebracht werden.

Die französischen Versicherungsgesellschaften schätzen die Kosten für die aus dem Aufruhr des vergangenen Jahres entstandenen Schäden auf 200 Mio. Euro. Stellen wir uns einen Augenblick nur vor, was man alles hätte machen können, wenn dieses Geld sinnvoll in die benachteiligten Stadtteile und spezielle, zielgerichtete Projekte investiert worden wäre, anstatt es für die Schadensbeseitigung auszugeben.

Anlässlich der Eröffnung des Forums des Europarates zur Zukunft der Demokratie im vergangenen November unterstrich der Hauptredner, Timothy Ash, die wesentliche Bedeutung der Kommunalbehörden für die Entwicklung der benachteiligten Stadtteile und die der Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger vor Ort, einschließlich der Ausländerinnen und Ausländer, am demokratischen Prozess, und zwar dergestalt, dass sie sich in die Gesellschaft integrieren, ihren Anliegen Ausdruck verleihen und vertreten sind. Als Präsident der Kammer der Regionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen möchte ich gern hinzufügen, dass die Beteiligung auf regionaler Ebene ebenfalls wichtig ist, selbst wenn der Prozess naturgemäß auf der lokalen Ebene beginnt. Denn die Regionen sind keine abstrakten Gebilde, sondern Zusammenschlüsse der Gebietskörperschaften. Indem wir auf der lokalen Ebene zuerst handeln, können wir neue Initiativen auf die regionale und letztendlich auf die nationale und europäische Ebene ausdehnen. Dies ist der einzige Weg zum Erfolg.

Aus diesem Grund war diese Konferenz auch so wichtig. Sie bot uns Gelegenheit, die verschiedenen Ansätze aus 123 Städten Europas und den Vereinigten Staaten miteinander zu vergleichen. Sie verdeutlichte, dass es notwendig ist, in den benachteiligten Stadtteilen integrierte Politikansätze für die Kinder und Jugendlichen, und ich möchte noch hinzufügen: auch ihre Eltern, zu verwirklichen. Sie erinnerte uns daran, dass der Europarat mit seiner europäischen Dimension schon jetzt dank seiner Konvention zur Beteiligung von Ausländern am politischen Leben auf lokaler Ebene und seiner Revidierten Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region eine gute Rechtsgrundlage für die Politik der Integration und Partizipation geschaffen hat.

Vor allem sorgte diese Konferenz aber auch für den Fortschritt des im November 2004 in der deutschen Hauptstadt eingeleiteten Berlin-Prozesses. Ich bin überzeugt, dass weitere Städte die Staffel übernehmen werden – durch Konferenzen, aber auch zielgerichtete, innovative Maßnahmen auf lokaler Ebene. Wir müssen die Theorie in die Praxis umsetzen, den Worten Taten folgen lassen, die beschlossenen Politikansätze mit Leben füllen. Das müssen wir tun, denn wir bauen ein Europa des sozialen Zusammenhalts, das die Ausgrenzung bestimmter Gebiete und Menschen nicht tolerieren darf, nur weil diese Menschen in jenen Vierteln leben. Wir müssen überall für Chancengleichheit sorgen. Das ist die einzige Möglichkeit, die Menschenrechte zu verteidigen, und das ist ja schließlich die eigentliche Berufung und Primäraufgabe des Europarates.

Ich würde sagen, dass die wichtigste Schlussfolgerung – oder gar der Appell, wenn Sie so wollen – aller fünf Arbeitsgruppen dahin geht, die Jugendlichen in den überforderten Nachbarschaften zu betrachten wie alle anderen Jugendlichen woanders auch: als Chance für die Zukunft, unsere Chance für die Zukunft. Sie nicht stigmatisieren, ihnen kein Etikett aufkleben, anstatt dessen negative Stereotypen aufbrechen, die wir manchmal haben. Wenn wir ihnen helfen wollen, brauchen wir ganzheitliche Ansätze, das vereinte Bemühen aller beteiligten Akteure, der nationalen Regierungen, der Stadträte, der Zivilgesellschaft und der Sozialarbeiter.

Wir brauchen eine kohärente Politik auf lokaler Ebene, den echten Dialog der Kommunalregierung mit den Praktikerinnen und Praktikern der Jugendarbeit, mit den Jugendlichen selbst, die oft einzig und allein auf der Grundlage ihres jeweiligen Wohlstandsniveaus diskriminiert werden, allerdings ein Recht darauf haben, respektiert zu werden wie jeder andere.

Eine Arbeitsgruppe unterstrich, wie wichtig es auch ist, dass die Jugendlichen untereinander aktiv sind – dies betrifft vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die Schaffung von Jugendorganisationen, die zum einen den Neuankömmlingen die Integration in die Gesellschaft erleichtern und zum anderen den interkulturellen Dialog, das interkulturelle Verständnis und die Akzeptanz der jeweiligen Andersartigkeit fördern. Und natürlich brauchen wir auch den Dialog zwischen Jugendarbeitern, Jugendforschern und Jugendpolitikern – eine bessere Kommunikation zwischen Forschung, Politik und den Nichtregierungsorganisationen. Praxisorientierte Forschung muss hierbei die Grundlage für politisches Handeln sein; zugleich müssen die Nichtregierungsorganisationen auch die die Jugendlichen betref-

fenden Ergebnisse der Forschung so weit wie möglich berücksichtigen.

Zusammenfassend möchte ich allen Teilnehmer/innen dieser Konferenz dafür danken, dass Sie ihre Zeit und Energie für dieses wichtige Thema opferten – die Kinder und Jugendlichen in den sozialen Brennpunkten unserer Städte. Wir dürfen nie vergessen, dass die Investition in sie eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaften bedeutet. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass der Berlin-Prozess ein nachhaltiger Prozess zum Wohle der zukünftigen Generationen wird. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement und hoffe, Sie mit neuen Projekten und neuen Initiativen bald wiederzusehen.